

nis, dass sich das Geschichtsbewusstsein auf Mikroebene keineswegs synchron zu den großen Ereignissen wie z. B. den Frankfurter Auschwitzprozessen in den 1960er Jahren oder der Rede von Bundespräsident Weizsäcker 1985 veränderte, vielmehr zeigt sich die lokal spezifische Herausbildung von Erinnerungskulturen vor Ort. So hält Brenneisen den bereits erwähnten Band von Herwart Vorländer 1978 für eine lokale Gedenkkultur für wesentlich folgenreicher, indem er den Beginn zahlreicher lokaler Debatten markierte.

Mit seiner fulminanten, 679 Seiten umfassenden Arbeit hat Brenneisen nicht nur einen innovativen Ansatz zur Gedenk- und Erinnerungskultur geleistet, sein Band kann durchaus auch als ein Standardwerk für die Entstehungsgeschichte der Erinnerungskultur der KZ-Außenlager in Baden-Württemberg betrachtet werden. Nikolaus Back

Rolf KIESSLING, Jüdische Geschichte in Bayern. Von den Anfängen bis zur Gegenwart (Studien zur Jüdischen Geschichte und Kultur in Bayern, Bd. 11), hg. von Michael BRENNER. München: De Gruyter Oldenbourg 2019. 681 S. ISBN 978-3486811230. € 79,95

Epochenübergreifende Gesamtdarstellungen zur jüdischen Geschichte in Deutschland sind rar. Die einschlägige Forschung ist so differenziert und interdisziplinär geworden, dass es der Erfahrung und Kenntnisse eines langen Forscherlebens zu bedürfen scheint, um aus den vielen Lokalstudien und thematischen Analysen eine umfassende, stringente, gleichwohl differenzierte Gesamtdarstellung zu erarbeiten. Auch regionale Gesamtdarstellungen liegen bislang nur zu einzelnen Epochen vor, wie etwa zu Thüringen in der Frühen Neuzeit, sieht man von Paul Sauer's Handbuch der jüdischen Gemeinden in Württemberg und Hohenzollern sowie dem Parallelband zu Baden von Franz Hundsnurscher und Gerhard Taddey aus den 1960er Jahren ab. Für die Geschichte der Juden in Bayern hat nun Rolf Kießling eine Gesamtdarstellung „Von den Anfängen bis in die Gegenwart“ unternommen. Herausgeber Michael Brenner sieht den Augsburger Landeshistoriker wie keinen Zweiten zu dieser Gesamtschau geeignet. Von 1994 bis 2007 hatte er den Lehrstuhl für Bayerische und Schwäbische Landesgeschichte an der Universität Augsburg inne und ihn zu einem Zentrum der Erforschung des schwäbischen Landjudentums gemacht. Doch auch Kießling hält, wie er im Nachwort schreibt, ein so umfassendes Unterfangen für ein „Wagnis“. Bedeutet es doch, die differenten Traditionsstränge der zahlreichen Klein- und Kleinstterritorien, die in den sieben Regierungsbezirken (Unterfranken, Mittelfranken, Oberfranken, Schwaben, Oberpfalz, Oberbayern, Niederbayern) des heutigen Bundeslandes aufgegangen sind, herauszuarbeiten und im Abgleich mit anderen Regionen des Alten Reichs darzustellen. Doch das Vorhaben ist ihm meisterhaft gelungen.

In konsequenter Abkehr von dem weithin noch dominierenden Verfolgungs-Narrativ entfaltet Kießling auf nahezu 700 Seiten, in 30 Kapitel unterteilt, die tausend Jahre jüdischen Lebens im Raum des heutigen Bayern zwischen den Polen von gezielter Ansiedlung und periodischer Verfolgung. Drei Zwischenbilanzen sowie ein Orts- und Personenindex erschließen den voluminösen Band. Allein das Literaturverzeichnis umfasst 60 Seiten.

Die Vielgestalt der Phänomene und Entwicklungen bündelt der Autor in jeder Epoche auf drei Ebenen, die der herrschaftlich-territorialen Entwicklung, der Wirtschaft und des Alltagslebens. Das besondere Augenmerk des Landeshistorikers gilt dabei der Frage nach einer eigenen jüdischen Landschaft im Südosten des Alten Reichs. Für die Epoche des Hohen Mittelalters, in dem die Existenz von Juden mit der Raffelstetter Zollordnung von 903/906 für diesen Raum erstmals belegt ist, schält er die besondere Bedeutung Regens-

burgs heraus. Wie die anderen ersten jüdischen Niederlassungen (Augsburg, Bamberg, Passau, Würzburg, Eichstätt) in einer Kathedralstadt angesiedelt, verfügte die dortige Gemeinde mit ihrer Lage an wichtigen Fernverkehrsachsen (nach Russland wie in den Westen des Reichs) über einen entscheidenden Bedeutungsvorsprung im Ökonomischen. Der schlug sich in größerer Akzeptanz nieder. Der akzeptierte jüdische Anteil am Fernhandel und Geldverleih stellte unweigerlich funktionale Kontakte zwischen der christlichen Mehrheit und der jüdischen Minderheit her. Dies führte wie später auch in anderen Bischofs-, Reichs- und schließlich Residenzstädten zu einer als *conciivilitas* beschriebenen „Verankerung in der bürgerlichen Gemeinde“ (S. 75). Die Kreuzzugspogrome sieht Kießling an der Peripherie weniger massiv als im Zentrum. Und die regionalen Verfolgungen des 13. Jahrhunderts, so grausam etwa auch die Rintfleisch-Bande im Taubertal wütete, stießen in Augsburg, Regensburg und Uffenheim auf erfolgreiche Gegenwehr der städtischen Magistrate. Oder sie erreichten den Osten des Reichs erst gar nicht, während in Nürnberg, Würzburg und Bamberg die Gemeinden ausgelöscht wurden. Trotz aller religiösen Vorurteile, wie die Schandbilder etwa an der Kathedrale in Regensburg bis heute bezeugen, konnten die jüdischen Gemeinden hier eine komplette Infrastruktur entwickeln und Gelehrte wie R. Meir von Rothenburg oder in Augsburg R. Jakob Weil beherbergen. Deren religiöse Autorität strahlte europaweit, auch wenn die Gemeinden nicht an den Rang der SchUM-Gemeinden im Rheinland heranreichten.

In den keineswegs nur von der Pest ausgelösten Pogromen des 14. Jahrhunderts sieht Kießling einen Wendepunkt, der die spätmittelalterlichen Austreibungen einläutete und einen tiefgreifenden Strukturwandel hervorrief. Dagegen bewirkte die Reformation keinen grundsätzlichen Wandel in der Einstellung zum Judentum. Doch während sich die jüdischen Niederlassungen zuvor weitgehend mit den großen Zentren deckten, generierte die Wiederansiedlung der Flüchtlinge durch zahlreiche kleine Territorialherren, eine eigene „jüdische Geographie“. In einer langen Übergangsphase verschob sich nun das bis dahin urbane jüdische Leben auf das Land, das aschkenasische Landjudentum entstand. In Franken und Schwaben, selbst in Teilen der Oberpfalz wurde es zur neuen jüdischen Lebensform, während in Altbayern bis ins 19. Jahrhundert mit Ausnahme einiger Hoffaktoren in München keine Juden mehr leben durften.

Zwar sieht Kießling auch für Franken und Schwaben, vor allem für die Anfangsphase im 16. Jahrhundert, noch viele Fragen offen. Doch für das 17. und 18. Jahrhundert, die von Verdichtung und Konsolidierung gekennzeichnet waren, haben er und seine Schüler*innen das Bild von „geistiger Enge“ und einer „marginalisierten jüdischen Geschichte in der Provinz“ wesentlich korrigiert. Die Gemeinden profitierten von der „territorialen Vielheit“, besonders wenn eine Gemengelage vorlag, wie in Fürth. Doch die meisten der zahlreichen fränkischen Gemeinden waren von bescheidenem Zuschnitt, mit entsprechenden Folgen für das religiöse Leben. Die deutlich weniger zahlreichen Gemeinden Schwabens entwickelten sich dagegen zu stattlichen *kehillot*, deren repräsentative Synagogenbauten etwa in Altstadt, Ichenhausen und Hürben das Selbstbewusstsein von Gemeinden zum Ausdruck brachten, die bis zu 50 Prozent der Einwohnerschaft stellten. In diesen „Judendörfern“ war ein alltägliches Miteinander von Juden und Christen weit verbreitet, wenn auch von einzelnen Geistlichen vehement bekämpft. Gemeinsame Nutzungsrechte an den gemeindlichen Einrichtungen wurden nicht vorenthalten, sondern ausgehandelt. Die Praxis mündete schließlich in parallele Verwaltungsstrukturen, „Doppelgemeinden“, in denen sich, so der Autor, „eine durch Verträge abgesicherte wechselseitige Akzeptanz entwickeln“ konnte

(S.332–334). Die zu Ende des 18. Jahrhunderts entstehende *Haskala* sieht der Autor im Südosten des Alten Reichs nur zögerlich rezipiert, vielmehr vor allem in den kleinen Gemeinden „volkstümliche Orthodoxie“ vorherrschend. Dennoch zeigte sich auch hier eine wachsende Tendenz zu Offenheit und Akzeptanz zwischen den beiden Religionsgruppen, die einen „pragmatischen Weg zur Gleichberechtigung“ eröffnete.

Die staatliche Neuordnung unter Napoleon änderte die jüdische Landkarte erneut. Allerdings zögerte das weithin wirksame Erziehungskonzept im neu geschaffenen Königreich Bayern mit dem restriktiven „Matrikelparagraphen“ von 1813 die Gleichstellung der Juden lange hinaus. Erst 1861 setzte die Abwanderung in die Städte ein. Mit dem damit verbundenen jüdischen Beitrag zur Industrialisierung gelang die Integration in die bürgerliche Gesellschaft. Im Kaiserreich setzte der nun rassistisch grundierte Antisemitismus der Integration rasch wieder Grenzen. Die neuen wirtschaftlichen Freiheiten waren mit dem Verlust der jahrhundertealten Gemeindeautonomie erkauft. In den zu „Kultusgemeinden“ reduzierten einstigen Selbstverwaltungskörperschaften entstanden bei der Debatte um die Reform ungewohnte Koalitionen zwischen aufgeschlossenen Beamten und liberalen Gemeindegliedern. Zu einer umfassenden staatlichen Korporation wie der Israelitischen Oberkirchenbehörde in Württemberg kam es jedoch nicht. Auch nach Bayern wanderten Pogromflüchtlinge aus Osteuropa ein. In München stellten sie 27 Prozent der Gemeindeglieder, in Nürnberg knapp 16. Sie stärkten die Orthodoxie in den Großstadtgemeinden, bedienten die antisemitischen Stereotypen.

Das Ende des Kaiserreichs brachte erneut eine fundamentale Zäsur. Trotz ihres im Krieg bewiesenen Patriotismus und der endgültig erreichten vollen Glaubens- und Gewissensfreiheit wurde Juden in der Weimarer Zeit erneut das Heimatrecht in Bayern abgesprochen. München mutierte zum Zentrum der völkischen Bewegung. Schon 1930 verabschiedete der Landtag ein Schächtverbot. Zwar entwickelte sich im Zuge der „jüdischen Renaissance“ die Münchner Gemeinde zu einem neuen geistigen Mittelpunkt der jüdischen Welt neben Berlin und Frankfurt, aber die jüdische Landschaft Bayern verlor immer mehr ihre spezifischen Züge. Im NS-Staat entschied vollends die Zentrale, insbesondere über Ausgrenzung und Verfolgung. Regional wurden sie gleichwohl unterschiedlich umgesetzt. „Frankenfürher“ Julius Streicher etwa heizte in Mittelfranken die Stimmung derart an, dass sie sich 1934 in Gunzenhausen in einem tödlichen Pogrom entlud, während in vielen schwäbischen Dörfern die gegenseitige Akzeptanz noch länger erhalten blieb, ablesbar an den deutlich geringeren Zahlen von Emigrierten. Im November 1938 kündigten schließlich die ebenfalls regional unterschiedlich verlaufenden Pogrome das Ende jüdischer Existenz auch in Bayern an. Sechsendreißig Deportationszüge führten allein aus München in den eroberten Osten. Mindestens 8376 bayerische Jüdinnen und Juden traf die Deportation. Die wenigsten überleben. Das jahrhundertelange in Bayern existierende Judentum war ausgelöscht.

Und doch kam es nach Kriegsende zu einem Neubeginn, wenn auch unter völlig anderen Vorzeichen. Über 100.000 osteuropäische DPs machten das nun in der US-Zone liegende Bayern vorübergehend zu einem Zentrum jüdischer Überlebender. Nachdem 1948 die meisten DPs Deutschland dann in Richtung Israel oder USA verlassen hatten, prägten Überalterung und „abwesende Anwesenheit“ das Leben der nun meist polnischen Gemeinden bis in die 1970er Jahre. Die Zuwanderung von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion brachte einen Zuwachs von mehr als 100.000 Gemeindegliedern. Trotz aller damit verbundenen Spannungen führte sie zu einer Konsolidierung jüdischen Lebens in Bayern, das nun zunehmend national wie international geprägt ist. Mit einem Hinweis auf die seit den

1980er Jahren entstehende Erinnerungskultur, die das Erbe des Landjudentums sichtbar macht, beendet der Autor seinen Gang durch tausend Jahre jüdischer Geschichte in Bayern. Er verkürzt sie nicht zu einer „Vorgeschichte der Katastrophe“, sondern zieht wie ein roter Faden ein Sowohl-als-auch durch die Kapitel. Neben den Phasen der Verfolgung sieht er die „Phasen, in denen sich Formen der Akzeptanz und Toleranz entwickelten, in denen das Nebeneinander zu einem Miteinander wurde“. Damit fördert die Lektüre eine Ambiguitätstoleranz, deren Notwendigkeit das aktuelle Anschwellen von Antisemitismus so deutlich gemacht hat.

Bei seinem Erscheinen wurde das Opus zu Recht als Krönung eines Lebenswerks gefeiert. Der überraschende Tod von Rolf Kießling im Juni dieses Jahres hat es nun zu seinem Vermächtnis gemacht.

Benigna Schönhagen

Politiker jüdischer Herkunft in Vergangenheit und Gegenwart, hg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Laupheimer Gespräche 2017). Heidelberg: Universitätsverlag Winter 2018. 197 S., zahlr. Abb. ISBN 978-3-8253-6883-8. € 16,-

In Deutschland gibt es nicht viele jüdische Politikerinnen und Politiker, aber diese engagieren sich im gesamten politischen Spektrum. Während manche von ihnen offen mit ihrer religiösen Herkunft umgehen, machen andere sie bewusst nicht bekannt. Die Laupheimer Gespräche 2017 beleuchteten den Beitrag jüdischer Politikerinnen und Politiker und griffen damit ein bislang wenig beachtetes Thema auf. Im Mittelpunkt der Tagung standen dabei Fragen wie: Was ist überhaupt ein jüdischer Politiker? Gibt es eine jüdische Politik? Nach einer Einführung durch den damaligen Leiter des Hauses der Geschichte, Thomas Schnabel, befasst sich ein übergreifender Aufsatz mit den „jüdischen Deutschen in der Politik im Südwesten und im Reich“. Weitere Beiträge widmen sich dem badischen Sozialdemokraten Ludwig Marum, dem frühen Lebensweg von Daniel Cohn-Bendit sowie jüdischen Politikern in Ungarn.

Voraussetzung für das politische Engagement von Männern und Frauen jüdischer Herkunft war die Emanzipation der Juden in Deutschland im 19. Jahrhundert. In der Frankfurter Paulskirche gab es erste Politiker jüdischer Herkunft; im Kaiserreich nahm die Zahl der Volksvertreter jüdischer Abstammung zu. Insgesamt blieben ihr Anteil und ihr Einfluss aber gering. Cornelia Hecht (Stuttgart) betrachtet an einigen Beispielen aus Baden und Württemberg – mit Ausblicken auf die Reichsebene – das politische Engagement jüdischer Deutscher im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Mit deren sozialem und wirtschaftlichem Aufstieg verband sich der Wunsch, auch an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen teilhaben zu können. 1862 gewährte das Großherzogtum Württemberg der jüdischen Bevölkerung die uneingeschränkte Gleichberechtigung, 1864 folgte das Königreich Württemberg. Damit wurden die Juden zu deutschen Staatsbürgern jüdischen Glaubens.

Die politische Karriere der jüdischen Deutschen begann meistens auf der kommunalen Ebene; nicht selten waren sie Juristen, die zu den örtlichen Honoratioren zählten. Auch wenn eine gewisse Affinität zu den liberalen Parteien bestand, waren Juden doch im ganzen Parteienspektrum vertreten. Von einer „jüdischen Politik“ kann man daher nicht sprechen.

Untersucht man das politische Engagement von Juden in Württemberg und Baden, lassen sich durchaus Unterschiede feststellen. In den badischen Großstädten Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg, die eine große jüdische Gemeinde besaßen, gab es auch eine größere